



## Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 22.01.2026, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1            Vorstellung neue Abteilungsleitung Bürgerbüro  
- mündlicher Bericht

---

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses.

Die **Abteilungsleiterin** des Bürgerbüros stellt sich, anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, vor und bemerkt, dass Bürger auch persönlich Termine beim Bürgerbüro vereinbaren können.

TOP 2            Neuerungen bei Privatanzeigen  
- mündlicher Bericht

---

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Der **stellv. Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung berichtet, anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, über die Neuerungen bei Privatanzeigen. Sobald das Formular online gestellt sei, werden die Bürger über eine Pressemitteilung informiert.

Die Komplexität des Formulars sei für eine Gerichtsverwertbarkeit zwingend und das Verfahren deutlich effizienter, ergänzt BM **Mannl**.

Stadträtin **Dr. Knoß** wundert sich über die Wiederholungstäter und den fehlenden Lerneffekt. Sie fragt, ob es eine Rolle spiele, wenn die Hausnummer des Gebäudes unbekannt sei und im Formular nicht angegeben werden konnte und ob das Formular im Nachhinein noch verändert werden könne.

Stadtrat **Passaro** vermutet, dass die Registrierung ein Hemmschuh sein könnte. Er halte es für sinnvoll einen rechtlichen Hinweis anzugeben, für welche Art von

Ordnungswidrigkeiten (ausschließlich ruhender Verkehr) das Formular gedacht sei. Bei der Landespolizei könne jedes Delikt über das Portal „Onlinewache“ angezeigt werden und man müsse sich vorher nicht registrieren. Er fragt, ob das Formular für andere Ordnungswidrigkeiten ausgeweitet werde.

Stadtrat **Peifer** möchte wissen, wie viele private Anzeigen eingehen und ob der Aufwand für die Bußgeldstelle größer werden würde.

Weniger Anzeigen, dafür eine höhere Erfolgsquote hält Stadtrat **Maier** für wichtig. Die Sprache im Formular sollte einfach gehalten werden. Er fragt, ob die Eingabe der Daten medienbruchfrei oder händisch erfolge und ob ein rein digitaler Ablauf ohne Papier geschaffen werde.

Stadtrat **Eisele** vermutet, dass die privaten Anzeigen steigen werden.

Die **Leiterin** der Bußgeldstelle erläutert, dass nicht alles automatisch geahndet werde, was nicht ganz konform mit der Straßenverkehrsordnung sei. Es gehe nicht darum Kleinigkeiten nachzugehen, sondern Gefahrensituationen zu erfassen. Private Anzeigen seien ein wichtiges zusätzliches Instrument. Fehlende Angaben im Formular, wie eine Hausnummer, werden vom Fachbereich ergänzt. Ein Ordnungswidrigkeitenverfahren dürfe nur geführt werden, wenn nach Prüfung durch die Verwaltung tatsächlich eine Ordnungswidrigkeit vorliege. Aufgrund der fehlenden Schnittstelle werden die Daten aus dem Formular derzeit noch händisch in das Programm (OWI21) übernommen. An einem papierfreien Ablauf werde noch gearbeitet.

BM **Mannl** bemerkt, dass andere Ordnungswidrigkeiten über den Mängelmelder weitergeben werden können.

Der **stellv. Fachbereichsleiter** erwähnt, dass das Formular von der Stadt Pforzheim übernommen wurde. Die Stadt Esslingen nutze ebenfalls ein Formular, ohne vorherige Registrierung. Die Stadt Ludwigsburg wollte sich an das Serviceportal BW halten, das eine Gesamtlösung für Baden-Württemberg anbiete.

TOP 3	Sanierung Skateplatz Ost/Oßweil Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren des Bundesförderprogramms "Sanierung kommunaler Sportstätten" Projektaufruf 2025/2026 (Vorberatung)	Vorl.Nr. 397/25
-------	--	-----------------

---

### **Beschlussempfehlung:**

Die Einreichung des Skateplatzes Ost/Oßweil beim Interessenbekundungsverfahren des Bundesförderprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ im Rahmen des Projektaufrufs 2025/2026 wird gebilligt. Der Skatepark soll auf der Bestandsfläche saniert werden.

## **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek  
Stadtrat Zeltwanger

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

## **Beratungsverlauf:**

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen erläutert, anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, die Vorlage. Für die Jahre 2026-2028 wurden 800.000 € für die Sanierung des Skateparks im Haushalt eingeplant. Der Skatepark sei ein wichtiges Gebiet für den vereinsungebundenen Sport. Der bestehende Belag sei nicht mehr verkehrssicher. Der Bund habe ein Förderprojekt mit 333 Mio. € und einer Förderquote von 45% ins Leben gerufen. Die Fachbereichsleiterin hoffe auf die Zustimmung des Gremiums, um an dem Interessenbekundungsverfahren teilnehmen zu können. Durch die Anwendung einer Zweitfinanzierung könne der Eigenanteil der Stadt im günstigsten Fall auf 10% reduziert werden.

BM **Mannl** erteilt zwei jungen Nutzenden aus dem Publikum das Wort. Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Die **Jugendlichen** des Skateparks möchten sich gerne an dem Projekt beteiligen. Sie berichten über Ihre Ideen und haben eine online Petition gestartet.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** fragt, ob ein Dirtpark in den Förderantrag mit aufgenommen werden könne und im Haushalt eingeplant sei. Des Weiteren interessiert sie, ob der Jugendgemeinderat miteinbezogen wurde, da dieser auch finanzielle Unterstützung beantragen könne.

Stadträtin **Dr. Klünder** stellt fest, dass sicherheitsrelevante Mängel vorhanden seien. Es seien hohe Kosten und sie stellt in Frage, ob sich die Stadt den Park ohne eine Förderung leisten könne. Auch Stadträtin Dr. Klünder möchte wissen, ob der Dirtpark in den 800.000 € enthalten sei.

Stadtrat **Peifer** schlägt vor die Kosten des Projektes etwas zu senken.

Stadtrat **Maier** bedankt sich bei den beiden jungen Nutzenden des Skateparks für ihr Engagement. Das zentrale Anliegen der Fraktion sei ein neuer Skatepark. Um eine zustimmende Mehrheit zu bekommen, schlägt er vor das Projekt auf eine Summe von 600.000 € zu deckeln, um das richtige Signal aufgrund der schwierigen Haushaltslage zu setzen. Es soll nicht nur eine Interessensbekundung des Gremiums vorliegen, sondern am Ende auch ein Skatepark gebaut werden. Es sei nicht zielführend Förderanträge zu stellen, die letztendlich nicht umgesetzt werden, dabei

Planungsressourcen zu verschwenden und Hoffnungen zu wecken. Die jungen Menschen sollten eingebunden und die soziale Kontrolle gehalten werden.

Stadtrat **Ziemann** findet den Vorschlag der Deckelung gut. Bei der Wahl der Elemente auf dem Platz sollten die Nutzenden eingebunden werden.

Stadtrat **Eisele** meint, dass eine Stadt sich auch kaputtsparen könne. Ein Skaterplatz sei kein Luxusobjekt, den Jugendlichen werde gezeigt, dass sie wichtig sind. Als Kommune trage die Stadt das Verkehrs- und Haftungsrisiko und wertvolle Jugendarbeit werde geleistet. Die Jugend organisiere sich selbst, ohne Vereinszwang. Koordinative Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen werden geschult.

Stadträtin **Liepins** erwähnt den Artikel in der LKZ, nach dem von der Stadt Markgröningen zu dem Thema ein Antrag gestellt worden sei. Laut des Artikels habe das Landratsamt der Stadt Markgröningen den Status einer Kommune in wirtschaftlicher Notlage attestiert, wodurch 75% der Fördermittel beantragt werden können. Sie fragt, ob das Landratsamt dies auch der Stadt Ludwigsburg attestieren könnte.

Nach Ansicht von BM **Mannl** habe die Stadt Ludwigsburg noch nicht den Status einer notleidenden Kommune. In der mittelfristigen Finanzplanung sei der Skatepark in der Gesamtsumme abgebildet, nicht der städtische Eigenanteil. Das Förderprogramm sei mit anderen Förderprogrammen kombinierbar und insgesamt könne damit eine Förderung von 90% erreicht werden. Von einer Deckelung gleich zu Beginn würde BM Mannl absehen. Es sei eine Komplettlösung mit Skatebahn und Dirtpark geplant.

Die **Fachbereichsleiterin** ergänzt, dass über alle Altersklassen hinweg Nutzende zusammenkommen. Dies verbinde und sei in der heutigen Zeit äußerst wichtig. Es sei selbstverständlich, dass die Gestaltung des Parks mit den Nutzenden und dem Jugendgemeinderat abgestimmt werde. Die Stadt stehe in Kontakt mit einer Gruppe, die sich aktuell bereits für den Platz verantwortlich fühle. Es soll ein Angel- und Drehpunkt für alle Menschen in dem neuen Quartier geschaffen werden. Der Fachbereichsleiterin sei immer wichtig, dass Projekte wirtschaftlich seien und dass der Platz gut geplant und gebaut werde.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport erwähnt, dass seit 2015 eine Projektgruppe mit jungen Menschen sich immer wieder mit dem Platz beschäftigt habe.

BM **Mannl** lässt über die Vorlage abstimmen.

---

**Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung informiert, anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, über die wichtigsten geplanten Baumaßnahmen in 2026, die in den Verkehr eingreifen. Die Planungen erfolgten in Abstimmung mit dem Fachbereich Tiefbau und Grünflächen, der SWLB (Stadtwerke Ludwigsburg), der SEL (Stadtentwässerung Ludwigsburg), der Polizei und LVL (Ludwigsburger Verkehrslinien). Der Fachbereichsleiter betont, dass jede Baustelle notwendig sei. An der Bahnunterführung August-Bebel-Straße/Kurfürstenstraße (Seite 7) werde die SWLB arbeiten durchführen und anschließend die Deutsche Bahn ab Juni 2026 mit den Bauarbeiten am Brückenbauwerk beginnen. Während der Bauarbeiten der SWLB werde auch eine Vollsperrung erforderlich. Am Otto-Konz-Weg (Seite 8) wurden im Herbst 2025 die Sicherungsarbeiten an den Bäumen durchgeführt. Während der Freibadsaison werden keine Arbeiten durchgeführt. Im Zeitraum der Maßnahme an der Schillerstraße (Seite 10) werde das Parkhaus der Kreissparkasse immer anfahrbar und die Durchquerung für Fußgehende und Radfahrende möglich sein. Die Belagsarbeiten in der Stuttgarter Straße (Seite 14) wurden in die Sommerferien verschoben. Während der Bauzeit in der Alleenstraße (Seite 17) werde die Straße für den Autoverkehr gesperrt sein, Rettungsfahrzeuge seien ausgenommen. Bei der Sternkreuzung (Seite 18) werden die Zebrastreifen aufgelöst und durch eine Baustellenampel ersetzt. In der Wilhelmstraße werde es eine zusätzliche Busspur geben, die an der Baustellenampel einfädeln werde. Am Knoten Gämsenberg (Seite 21) werde es eine Radiusänderung geben, damit der Schwerverkehr, der wegen der Tonnagebegrenzung die Neckarbrücke nicht befahren dürfe, besser um die Kurve gelange.

Stadträtin **Dr. Knoß** befürchte massiven Ausweichverkehr. Sie fragt, ob bei der August-Bebel-Straße während der Bauzeit eine Einbahnstraße eingerichtet werde und ob in der Schillerstraße der Autoverkehr weiterhin in zwei Richtungen erfolgen solle. Bei der Verlängerung des Radweges im Waldäcker möchte sie wissen, ob eine eventuelle Haltestelle der Stadtbahn mitgedacht wurde.

Stadtrat **Passaro** stellt durchaus Konkurrenzen fest. Er fragt, wann der Schillerplatz saniert werde. Er befürchte große Verzögerungen.

Stadträtin **Liepins** könne sich nicht vorstellen, wie der ÖPNV noch funktionieren solle. Insgesamt habe sie das Empfinden, dass die gleichen Straßen immer wieder aufgerissen werden müssen. Sie interessiert, ob lärmoptimierter Asphalt verwendet werde und ob künftig zu schwere LKWs den Gämsenberg hochfahren sollen. Stadträtin Liepins erwähnt, dass die Anlieger in der Talstraße zeitnah informiert werden sollten.

Stadtrat **Ziemann** möchte wissen, ob die Maßnahme am Otto-Konz-Weg dieses Jahr abgeschlossen sei.

Stadtrat **Eisele** erkundigt sich, ob der Betreiber der Gaststätte am Otto-Konz-Weg informiert sei und ob publik gemacht werde, wie die Sportler von auswärts die Alleenhalle erreichen können. Er sehe es kritisch die Maßnahmen Sternkreuzung und Schorndorfer Straße gemeinsam umzusetzen.

#### Talstraße (Seite 6):

Ein **Mitarbeiter** der SWLB führt aus, dass in der Talstraße die Fernwärme bis zum Heizwerk in der Heilbronner Straße verlegt werde. In der Abelstraße seien mehr Arbeiten hinzugekommen, weshalb die Maßnahme nicht abgeschlossen und unterbrochen wurde. Die Anlieger werden informiert und die Zufahrten zu den Tiefgaragen bleiben nutzbar. Auf das Altenheim werde man noch direkt zugehen.

BM **Mannl** erläutert, dass die Talstraße voll gesperrt werde und kein Durchgangsverkehr möglich sei. Die Buslinie werde umgeleitet.

#### August-Bebel-Straße (Seite 7):

Bezüglich der Einbahnregelung in der August-Bebel-Straße, müsse dies noch mit der Deutschen Bahn abgestimmt werden, erwähnt der **Mitarbeiter** der SWLB. Eine Gashochdruckleitung, Gasniederdruckleitung und eine Wasserleitung werden erneuert. Die neuen Leitungen werden nicht mittig in der Straße verlegt, sondern so nah wie möglich am Brückenbauwerk.

Tendenziell werde die Richtung nach Norden (Eglosheim) freigegeben, ergänzt BM **Mannl**. Für die Arbeiten an dem Brückenbauwerk und den Leitungsverlegungen müsse, um den Sicherheitsabstand einzuhalten, eine Vollsperrung erfolgen. Der Bus werde über die Uhland- und Abelstraße umgeleitet.

#### Otto-Konz-Weg (Seite 8):

BM **Mannl** teilt mit, dass die Stadtverwaltung mit dem Gaststättenbetreiber bezüglich der Sperrungen des Otto-Konz-Weg in Kontakt sei. Die Maßnahme werde bis ins Jahr 2027 andauern.

#### Schillerstraße (Seite 10):

Der **Mitarbeiter** der SWLB berichtet, dass die Wärme von Waldäcker III in die Stadt transportiert werden müsse. In der Vergangenheit wurde am Schillerplatz in Richtung Norden (Körnerstraße) und über den Arsenalplatz gebaut. Wegen dem Bau der Kreissparkasse konnte die Verbindung nicht in Richtung Hoferstraße fortgeführt werden. Es werde ein großes Verbundnetz ausgebaut.

BM **Mannl** ergänzt, dass Sicherheit im Wärmenetz geschaffen werde. Die Maßnahme Schillerstraße könne entweder jetzt oder erst nach dem Umbau des ZOB durchgeführt werden. Die Fernwärme liege am Schillerplatz und müsse nun die Myliusstraße queren und bis zur Hoferstraße verlegt werden. Ein Verkehrskonzept sei bereits erstellt worden und werde noch mit allen Betroffenen abgestimmt.

Die Fußgehenden, die Radfahrenden, wie auch der Andienungsverkehr, müssen passieren können, betont der **Mitarbeiter** der SWLB.

Stadträtin **Dr. Knoß** erinnert daran, dass auch Personen mit einem Rollator passieren können müssen und dann nicht Schotter und Sand rumliegen dürfe.

Stadträtin **Wiedmann** gibt zu bedenken, dass die Sophie-Scholl-Schule zeitnah informiert werden sollte.

Der **Mitarbeiter** der SWLB ergänzt, dass das Parkhaus über die Blumenstraße angefahren werden könne und die Einbahnstraßen-Regelung für diese Zeit aufgehoben werde.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen führt aus, dass die Maßnahme einen Graben von 4-5 Metern erfordern werde. Hierfür sei ein Bauphasenplan erstellt worden, der in einer Anliegerinformation kommuniziert werde. Der Umbau des ZOB soll im Sommer 2027 begonnen werden, dafür müsse die Schillerstraße abgeschlossen sein. Die Schillerstraße sei durch die Bauarbeiten der Kreissparkasse in Anspruch genommen und beschädigt worden, als z.B. für den Bauzaun Löcher hineingebohrt wurden. Aus diesem Grund habe seither noch kein Straßenbau stattgefunden.

#### Schorndorfer Straße (Seiten 11/12):

Es werde eine Fahrspur in jede Richtung geben, schildert BM **Mannl**. Der ÖPNV verliere für die Zeit der Baustelle die Busspur.

Der **Mitarbeiter** der SWLB erklärt, dass die bisherigen Arbeiten weiter östlich durchgeführt worden seien.

#### Stuttgarter Straße (Seite 14):

Hier werden die Bauarbeiten vom Regierungspräsidium durchgeführt, dafür aber das Leistungsverzeichnis der Stadt verwendet (Auswahl des Belages), erklärt der **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Die Stuttgarter Straße sei noch original im Belag aus den 70iger Jahren.

#### Frankfurter Straße (Seite 15):

Die Maßnahme werde von der Stadtverwaltung in den Pfingstferien anstatt der Sommerferien durchgeführt, erläutert der **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Im Abschnitt zwischen Katharinen- und Monreposstraße wurde erstmals vor ca. 13 Jahren ein lärmoptimierter Asphalt verwendet, der mittlerweile vollständig zerrissen sei. Da dieser nicht länger als 10 Jahre halte, werde er nicht mehr verbaut. Der hochwertige Belag (Splittmastix), der jetzt verbaut werde, habe die höchste Standsicherheit, wie Haltbarkeit und falle unter die Kategorie lärmarm.

#### Verlängerung Radweg Waldäcker/Mörikestraße (Seite 16):

Eine mögliche Haltestelle der Stadtbahn liege in der Verantwortung der Stadtbahn, stellt BM **Mannl** fest.

#### Alleenstraße (Seite 17):

Der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht davon aus, dass die breite Masse auf der Bärenwiese parken und zur Halle laufen werde. Der Verein sollte dies in seinen Einladungen anmerken.

Der **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen merkt an, dass die Entwurfsplanung beschlossen sei und in den Sommerferien die Kanalarbeiten durchgeführt werden sollen, da diese den breitesten Platz benötigen. Sobald die Ausführungsplanung ausgearbeitet sei, seien die Bauphasen bekannt und die Anlieger können umfangreich informiert werden.

### Knoten Gämsenberg (Seite 21):

Die Randsteine sollen verschoben werden, so dass es theoretisch möglich wäre, dass ein LKW den Gämsenberg hinauffahren könne, erklärt der **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Die aktuelle Schleppkurve von LKWs werde zu Grunde gelegt und die Radien dementsprechend vergrößert.

BM **Mannl** erwähnt abschließend, dass die SWLB insgesamt 7,7 Mio. € investieren werde und die Stadtverwaltung ca. 6,8 Mio. €.

TOP 5                    Baustellenbericht Tiefbau  
- mündlicher Bericht

---

### **Beratungsverlauf:**

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen gibt, anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage (1) beigelegt ist, eine Übersicht über die geplanten Baustellen 2026. Die Belagssanierung der Frankfurter Straße (Seite 5) werde in den Pfingstferien und nicht in den Sommerferien durchgeführt. In der Jägerhofallee (Seite 6) werde die historische Baumallee neu aufgewertet. Die Belagssanierung der Stuttgarter Straße (Seite 9) werde in den Sommerferien erfolgen und nicht im Frühjahr, erläutert die Fachbereichsleiterin.

In Ludwigsburg sei man seit 15 Jahren dabei, die ca. 225 Bushaltestellen barrierefrei umzugestalten, führt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen aus. Er erläutert anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage (2) beigelegt ist, die Errichtung des Kreisverkehrs an der Sternkreuzung. Zu Beginn werde das Fundament der Schlange entfernt und unter dem Fundament abgedichtet. Nach dem Einbau eines neuen Fundaments werde der Kreis von der Südseite her aufgebaut. Die Höhenverhältnisse müssen neu ausgelotet werden. In der Fußgängerunterführung werde die Abdichtung erneuert. Es sei der Wunsch der LVL gewesen in der Wilhelmstraße eine Busspur einzurichten. Die Baustellensignalanlagen können nicht die derzeitigen Kapazitäten bewerkstelligen, deshalb werde es lange Grünphasen in eine Richtung geben (40 Sekunden).

BM **Mannl** bestätigt, dass das Warten an einer Ampel bis zu 120 Sekunden an die emotionale Belastung des Autofahrers gehe. Die Ampel sei in der Lage Grünphasen zwischen 10 und 40 Sekunden anzuzeigen, je nachdem ob und wie viele Fahrzeuge an der Ampel warten.

Stadträtin **Dr. Knoß** empfand als Radfahrerin die Busspur in der Wilhelmstraße als schwierig, da der Radfahrende nicht die Busspur nutzen dürfe und der Bus an dem Radfahrenden rechts vorbeifahre.

Stadtrat **Passaro** fragt, ob die Ampelphasen und das Parkleitsystem angepasst werden und wann die Nummerierung der Parkhäuser umgesetzt werde.

Auch Stadträtin **Liepins** halte es für wichtig, die Ampelphasen für den U-Turn am Forum anzupassen. Sie erinnert daran, alle Anlieger und den Stadtteilausschuss zu informieren, bevor in der Hochdorfer Straße in Poppenweiler die Bushaltestelle



## **Beratungsverlauf:**

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen erläutert, anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, die Beschlussvorlage. Im Zuge der großen Maßnahme des Regierungspräsidiums (RP) habe die Verwaltung die Möglichkeit eine kleine Belagsmaßnahme an der Stuttgarter Straße zu besseren Konditionen mit durchzuführen zu lassen. Die Kosten und der Aufwand wären für die Stadt geringer und eine schnellere Durchführung möglich. Die Art des Belages werde von der Stadt vorgegeben und die Maßnahme vom RP ausgeschrieben. Das Runterfräsen des Belages erspare der Stadt einen Vollausbau. Durch den zeitnahen Aufbau eines neuen Belages sei die Oberfläche wieder dicht und geschlossen, eine homogene Fläche, durch die keine Feuchtigkeit in den Untergrund dringen und zu Frostbruch führen könne. Schädigungen und Verwerfungen werden dadurch vermieden. Gleichzeitig werde die Furt barrierefrei umgestaltet.

BM **Mannl** stellt fest, dass es auf der Vorlage einen Übertragungsfehler gegeben habe. Auf der 2. Seite der Vorlage unter dem Punkt „Kosten / Finanzen“ müsse anstatt dem Betrag von 550.000 € ein Betrag von 375.000 € stehen.

Stadträtin **Schittenhelm** interessiert, ob auch Maßnahmen an den Bäumen durchgeführt werden.

Die **Fachbereichsleiterin** betont, dass die Maßnahme nur von Randsteinkante zu Randsteinkante durchgeführt werde. Im Bereich der Bäume werde nichts verändert, die Instandsetzung defekter Kanaldeckel wären jedoch inbegriffen.

BM **Mannl** lässt anschließend über die Vorlage abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.